



**Geschäftsführung
Ausschuss Kunst und Kultur**

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 05.11.2015

Niederschrift

über die **10. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 27.10.2015, 15:41 Uhr bis 19:11 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	
Herr Andreas Pöttgen	SPD	
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD	
Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Martin Erkelenz	CDU	in Vertretung für RM Welter
Herr Stephan Pohl	CDU	in Vertretung für RM Welcker
Frau Ira Sommer	CDU	in Vertretung für Frau Reinhardt
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Peter Sörries	GRÜNE	
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Traeder	AfD
Frau Judith Wolter	pro Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Herr Andreas Henseler	Freie Wähler Köln
Herr Prof. Hans-Georg Bögner	SPD
Frau Anke Brunn	SPD
Herr Manfred Post	SPD
Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Herr Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper	CDU

Frau Freifrau Jeane von Oppenheim	CDU
Herr Mario Michalak	GRÜNE
Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Sebastian Tautkus	DIE LINKE
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Herr Ludwig von Rautenstrauch	
Herr Dr. Ulrich Krings	Für die Denkmalpflege sachkundiger Bürger
Frau Dr. Heike Otto	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
Herr Turan Özkücük	Integrationsrat
Frau Ute Palm	Behindertenvertretung
Herr Jochen Saurenbach	Stadt AG LST
Herr Dr. Manfred Wegner	Seniorenvertretung

Verwaltung

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	Dezernat Kunst und Kultur
Herr Gerd Conrads	Dezernat Kunst und Kultur
Frau Barbara Foerster	Kulturamt
Herr Dr. Matthias Hamann	Museumsdienst
Herr Werner Jung	NS-Dokumentationszentrum
Herr Michael Lohaus	SC Janus e.V. Dezernat Kunst und Kultur
Herr Gottfried Richter	Gebäudewirtschaft
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Frau Bettina Schmidt-Czaia	Historisches Archiv
Herr Michael Troost	Museumsreferat
Herr Thomas Werner	Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege

Schriftführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat Kunst und Kultur
------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Karin Reinhardt	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Thomas Welter	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Marco Malavasi	SPD
---------------------	-----

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erinnert daran, dass Köln ein neues Stadtoberhaupt gewählt habe und in Anbetracht der besonderen Situation sei es wichtig, dass der Ausschuss Kunst und Kultur der Oberbürgermeisterin seine herzliche Gratulation übermittele. Wie alle wissen, sei der Anschlag auf Frau Reker auf einem rechtsradikalen Hintergrund zurückzuführen. Sie habe sich sehr gefreut, dass am vergangenen Sonntag, mit einem breiten Bündnis und einem tollen Kulturprogramm so viel Widerstand gegen Rassismus und Rechtsradikalismus auf die Beine gestellt worden sei. Im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur übermittelt sie herzliche Genesungswünsche an Oberbürgermeisterin Reker und hofft, dass sie schnell und nachhaltig gesund werde und ihre Amtsgeschäfte antreten könne.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

Für den Ausschuss Kunst und Kultur:

Zu TOP 5.1 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. „NSU-Anschläge“

Betriebsausschuss Bühnen:

Zu TOP 2.1 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Verschiebung der Erstaufführung der Oper „*Das Lied der Frauen am Fluss*“ auf unbestimmte Zeit“

Zu TOP 2.1 im Ausschuss Kunst und Kultur „Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier: Theater“ bittet sie, Jörg Fürst (Ensemblenetzwerk Freihandelszone) und Philine Velhagen (Label Drama Köln e.V.) das Rederecht zu erteilen.

Außerdem macht sie auf die als Brief vorliegende Einladung zum Besuch des Zentralarchivs des internationalen Kunsthandels e.V. (ZADIK) aufmerksam. Der Verein habe darum gebeten, die Einladung an die Mitglieder des Ausschusses Kunst und Kultur verteilen zu lassen.

RM von Bülow beantragt den Tagesordnungspunkt 7.4 (Förderkonzept Popkultur) zu schieben, da für ihre Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe. Zudem weist sie auf einen von der SPD-Fraktion und ihrer Fraktion gestellten Antrag betreffend „Fördertermine Kunst- und Kulturprojekte“ hin, den sie auf der Tagesordnung vermisste. Die Aussage der Verwaltung, dass der Antrag verfristet sei, wolle sie so nicht stehen lassen. Sie kritisiert, dass es hierzu keine rechtzeitige Rückantwort der Verwaltung gegeben habe. Sie sei davon ausgegangen, dass der Antrag die Tagesordnung erreiche und der Ausschuss Kunst und Kultur darüber entscheide, ob er sich damit befasse oder nicht. Sie beantragt deshalb, die Angelegenheit als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu nehmen. Bei dem Antrag gehe es darum, ab 2016 wieder zwei Antragstermine für die Förderung von Kunst- und Kulturprojekten festzulegen. Des Weiteren bemängelt sie, dass der vorliegende Bericht zur Darstellung der Sparten im Kulturausschuss kein umfängliches Bild über die Situation der Sparte Theater darstelle. Außerdem sei lediglich die Theaterplattform und nicht die Theaterkonferenz an der Erstellung des Berichtes beteiligt worden. Deshalb könne man dies lediglich als Teilaspekt des Ganzen zur Kenntnis nehmen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, dies im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 2.1 zu diskutieren.

RM von Bülow beantragt, den Tagesordnungspunkt 2.1 von der Tagesordnung zu nehmen und in der nächsten Sitzung zu behandeln. Er müsse nach ihrer Auffassung um einen Gesamtbericht und den Bericht der Theaterkonferenz ergänzt werden.

Herr Tautkus spricht sich dagegen aus. Man habe bereits mehrfach über den Charakter der Szeneberichte gesprochen und dabei festgestellt, dass diese die Subjektivität darstelle, die man aus der Szene vernehmen wolle, um einen authentischen Eindruck vom Geschehen in der Szene zu erhalten und nicht jeder einzelne Bericht die komplette Sparte abdecke, sondern im Laufe der Wahlperiode jedes Jahr ein anderer Aspekt der Szene vorgestellt bekomme. Ansonsten müsse die Verwaltung aus ihrer Perspektive eine Gesamtdarstellung machen, was in diversen Kulturberichten geschehe. Er spricht sich dafür aus, in den Berichten die Freie Szene zu Wort kommen zu lassen.

Referent Conrads erklärt bezüglich des Antrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Fördertermine Kunst- und Kulturprojekte“, dass dieser im Amt der Oberbürgermeisterin am 22.10.2015 verfristet eingegangen sei. Die Kulturverwaltung habe darauf hingewiesen und um eine Begründung der Dringlichkeit gebeten, um die Angelegenheit als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

RM Dr. Elster gibt betreffend der Darstellung der Sparten sowohl RM von Bülow als auch Herrn Tautkus recht. Er schlägt vor, den Bericht in der heutigen Sitzung vorzustellen zu lassen. Allerdings unterstütze er nachhaltig den Antrag von RM von Bülow, dass der Gesamtblick auf die Sparte Theater schnellstmöglich nachgereicht werde. Dies sei aus seiner Sicht auch im Hinblick auf den Haushalt wichtig.

Frau van Duiven nimmt aus Sicht des Kulturnetzes dazu Stellung, weil man intern immer wieder über die Darstellung der Sparten der Freien Szene diskutiere. Man halte es für wichtig, dass die Sparten selbst intern entscheiden, wer in welcher Form und mit welchem Aspekt im Kulturausschuss berichte. Dies bedeute, dass im Grunde in der Darstellung klar sein müsse, dass die Sparte selber zu entscheiden habe, wer aus welchem Grund berichtet und dies nicht die Entscheidung der Verwaltung, einzelnen Personen oder von wem auch immer sein könne.

Herr Prof. Schäfer erinnert daran, dass bei der Vorstellung der Sparte Tanz in der letzten Sitzung auch nur teilweise berichtet worden sei. Dies sei bei den anderen Sparten ebenfalls der Fall gewesen. Unabhängig davon stellt er die Frage, ob von vorne herein von der Verwaltung nur ein bestimmter Teil ausgewählt worden sei. Er schlägt vor, den Bericht über die freien Theater in der heutigen Sitzung vorzustellen und in einer Runde mit den kulturpolitischen Sprechern und der Beigeordneten das künftige Verfahren grundsätzlich zu klären, um für alle Sparten eine Gleichartigkeit zu bekommen. Bezüglich des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und seiner Fraktion betreffend „Fördertermine Kunst- und Kulturprojekte“ spricht er sich dafür aus, diesen von der Substanz als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Dr. Wackerhagen schließt sich dem Votum an, den Vertretern der Theaterszene die Gelegenheit zu geben ihren Bericht vorzustellen. Er spricht sich dafür aus, die Gesamtsituation der einzelnen Sparten künftig umfassend darzustellen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält es für dringend notwendig, dass die kulturpolitischen Sprecher sich wegen der Spartenberichte zeitnah mit der Kulturdezernentin zusammensetzen und ein Verfahren überlegen, welches beschlusskonform sei.

RM von Bülow hält es für wichtig, dass der Bericht der Theaterkonferenz nachgereicht werde. Im Übrigen sei der damalige Beschluss deutlich genug gefasst, sodass das Verfahren eigentlich klar sei.

Kulturamtsleiterin Foerster plädiert dafür, mit den kulturpolitischen Sprechern und der Kulturverwaltung eine künftige Lösung für den Charakter der Szeneberichte zu finden und den vorliegenden Bericht der Sparte Theater nach dem Vortrag zur Kenntnis zu nehmen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, die Dringlichkeit des Antrages zu den Förderterminen für Kunst- und Kulturprojekte zu begründen.

Aus Sicht von RM Henseler sei dies nicht möglich, da der Antrag nicht vorliege.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass der Antrag nach den Ausführungen von RM von Bülow verteilt werde und der Ausschuss danach eine entsprechende Entscheidung treffen könne.

RM von Bülow erläutert, dass es in dem Antrag darum gehe, die Praxis der Fördertermine wieder umzustellen und ab 2016 wieder zwei Termine geltend zu machen. Dies sei insofern dringend, weil die Freie Szene zeitnah darüber informiert werden und wissen müsse, worauf sie sich künftig einzurichten habe.

Der Ausschuss ist damit einverstanden und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

- 2.1 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss
hier: Theater
3031/2015

3 Kulturbauten

- 3.1 Sachstandsbericht zur Archäologischen Zone
3124/2015

- 3.2 Bericht über den Neubau des Historischen Archives und des Rheinischen Bildarchives am Eifelwall
3046/2015

- 3.3 Zeitraster der im Unterausschuss Kulturbauten zu behandelnden Bauvorhaben sowie der Generalsanierung der Zentralbibliothek
3183/2015

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 4.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von RM Zimmermann betreffend "100 Jahre Dadaismus"
3192/2015

- 4.2 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Eintrittspreise für Schulklassen in Museen"
3146/2015

5 Schriftliche Anfragen

- 5.1 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "NSU-Anschläge"
AN/1577/2015

Beantwortung der Verwaltung
3232/2015

- 5.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Theaterförderkonzept"
AN/1579/2015

6 Schriftliche Anträge

- 6.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Fördertermine Kunst-und Kulturprojekte"
AN/1593/2015

7 Allgemeine Vorlagen

- 7.1 Haushaltsneutrale Umschichtung Investiver Mittel zur Technikförderung der Freien Szene
2575/2015

- 7.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Vergabe von Rahmenvereinbarungen für Handschriftenrestaurierung.
2775/2015

- 7.3 Fortführung Kulturentwicklungsplanung Köln
hier: Einrichtung eines Lenkungskreises
2912/2015

- 7.4 Popkulturförderkonzept
2984/2015

8 Sonderausstellungen

9 Annahme von Schenkungen

- 9.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig
hier: Schenkung von Zeichnungen des Künstlers Jack Smith von Cosima von Bonin und Michael Krebber
2707/2015

9.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Spende in Höhe von 30.000,00€ zur Verwendung für den "Langen Donnerstag" in 2016 im Museum Ludwig.
2763/2015

10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11 Mitteilungen der Verwaltung

11.1 Ergebnisprotokoll der 5. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2014 - 2020 am 17.9.2015
2868/2015

11.2 Mündliche Mitteilung betreffend "Aktionsplan 2016 - #urbanCGN - cologne urban lifestyle"

12 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

13 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

14 Schwerpunktthemen

15 Schriftliche Anfragen

16 Schriftliche Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

17.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig
2615/2015

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 Mitteilungen der Verwaltung

19.1 Prüfbericht Vergabe und Verwaltung von Atelierräumen sowie Gewährung von Investitionskostenzuschüssen zum Ausbau von Atelierräumen 3364/2007
2795/2015

19.2 Kunststiftung im Museum Ludwig, Köln
2986/2015

20 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier: Theater 3031/2015

Herr Jörg Fürst (EnsembleNetzwerk Freihandelszone) und Frau Philine Velhagen (Label Drama Köln e.V.) stellen den Bericht der Sparte Theater vor.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hebt positiv hervor, dass sehr viele Zuschauer erreicht werden und die freien Theatergruppen sehr innovativ seien. Sie merkt weiter an, dass die Freie Kölner Theaterszene nicht nur das Kölner Publikum erreiche, sondern auch überregional wahrgenommen werde, für Preise nominiert worden sei und diese auch erhalten habe. Sie habe den Eindruck, dass unter den schwierigen Rahmenbedingungen eine große Menge erreicht werde.

Herr Deutsch bittet darum, die finanzielle Problematik der freien Theaterszene genauer darzustellen. Insbesondere interessiert ihn, wie sich die Kooperationspartner außerhalb bewegen und wie man diesen aus der Kölner Szene heraus begegne.

Herr Fürst erklärt, dass die Entwicklung im freien Theater immer stärker in Richtung Kooperationsnetzwerke gehe. Dies sei auch bei den Theaterfestivals nicht anders. Generell verstehe man sich als co-produzierendes Festival und als Veranstalter in der Heimatgemeinde müsse man gewisse Eigenanteile einbringen. Hier sei die Finanzausstattung in absoluten Zahlen relativ gering. Insofern begegne man bestimmten Partnern nicht auf Augenhöhe, weil diese mehr Mittel in die Kooperation einbringen. Dies mache es schwieriger etwas zu initiieren, was jedoch immer wieder gelungen sei. Bei einer besseren Finanzausstattung sei sicher vieles mehr möglich. Ein weiteres Problem stelle die räumliche Situation in Köln dar. Als freies Produzenten- und Veranstaltungslabel habe man keine eigene Spielstätte und müsse stets Räumlichkeiten anmieten. Dies sei ein teures Unterfangen und hierfür stehen die entsprechenden Förderungen nicht zur Verfügung.

RM Dr. Elster greift den finanziellen Aspekt auf und weist auf die Kritik über die Projektobergrenze in Höhe von 10.000 € und über den Gesamtfördertopf, wo lediglich drei namhafte Projekte auf die Schiene gesetzt werden. Er bittet darum, dies, vor dem Hintergrund der Beziehung zu anderen Städten und im Vergleich dazu, zu reflektieren.

Frau Velhagen stellt dar, dass man für eine professionell kalkulierte Produktion, mit der man international wettbewerbsfähig sein wolle, mindestens 50.000 € ausgeben müsse. Die Förderung des Kulturamtes in München gehe beispielsweise bis 50.000 € und in Köln seien dies maximal 12.000 €. Deshalb sei es fast unmöglich durch weitere Förderer eine Summe von 50.000 € zu erreichen, weil diese oftmals nur die Hälfte dazu geben. Demnach befinde sie sich oft in einem Dilemma. Sie wolle professionell arbeiten und das Maximum bei einem Projekt erreichen. Außerdem wolle sie langfristig etwas aufbauen und habe einen gewissen Anspruch an sich selbst. Eine entsprechende Finanzierung sei auch ein wichtiger Teil dafür, ob eine Produktion erfolgreich sei oder nicht.

Herr Fürst ergänzt, dass die geringe Fördersumme die Drittmittelakquise erheblich erschwere. Es entstehe ein enormer Druck die Grenze von 50.000 € zu erreichen. Überregionale Förderer schauen sehr genau was die Heimatgemeinde an Mitteln für ein Projekt gebe. Er hebt hervor, dass bei einer aktuell entstehenden Theaterproduktion der Anteil der Stadt Köln bei 18 Prozent liege. Dies sei seines Erachtens zu gering und müsse mindesten bei 35 Prozent liegen.

Frau Brunn befürwortet es, dass sich hier auch die Theater ohne eigene Räumlichkeiten darstellen. Sie hebt in diesem Zusammenhang die vorbildliche Leistung des Ensemblesnetzwerks Freihandelszone der letzten Jahre hervor. Sie fragt, inwieweit die Gesamtförderung für die Theater eine Systematik habe, dass für diejenigen die keine Räume zur Verfügung haben, ein struktureller Nachteil entstehe. Dies müsse ihres Erachtens bei der Überarbeitung des Theaterförderkonzeptes diskutiert werden. Hierbei seien beispielsweise die künstlerische Entwicklung und die Programmbreite zu betrachten.

Herr Prof. Dr. Lemper macht darauf aufmerksam, dass das freie Theater in Köln mit ca. 300.000 Besuchern genauso viele Zuschauer vorweisen könne wie die städtischen Bühnen mit Oper und Schauspiel zusammen. Wenn man sich die Intensität der Diskussion über die Bezuschussung anschau, stehe dies in keinem Verhältnis zu dem, was hier geleistet werde. Es gehe ihm nicht darum, etwas gegenseitig auszuspielen, sondern die kulturpolitische Bedeutung der freien Theater hervorzuheben. Er stellt die Behauptung auf, dass, wenn es die freien Theater in dieser Dimension und mit ihren Qualitäten nicht gäbe, auch die städtischen Bühnen darunter leiden würden. Er spricht sich dafür aus, hinsichtlich der Qualität und der Leistung die Bezuschussung der freien Theater anzuheben. In diesem Zusammenhang bittet er die Kulturverwaltung in einer der nächsten Sitzungen darzustellen, was sie gedenke zur Steigerung der städtischen Beteiligung an den Finanzen im Vergleich zu den städtischen Bühnen, unter Würdigung der hochqualifizierten Arbeit der freien Theater, vorzuschlagen.

RM Zimmermann begrüßt die vorgestellte Art der Sparte. Es sei spannender und detailreicher in einzelne Projekte einzusteigen, als jedes Mal in kürzester Zeit den Versuch eines Rundumschlages zu starten. Ihn interessiert es bezüglich des Berichtes und der darin enthaltenden Aussage über die Bürokratie im Zusammenhang mit Förderung, ob diese tatsächlich immer weiter ausufere. Er möchte wissen, ob damit die Stadt Köln gemeint sei und ob es in NRW andere Modelle gebe wo dies unkomplizierter gehandhabt werde.

Herr Fürst berichtet, dass er sechzehn Jahre professionell in dem Bereich Theater tätig sei und in der Zeit habe sich der Aufwand vervierfacht. Dies betreffe nicht nur die Stadt Köln, sondern alle Förderer. Der Grund dafür sei ihm nicht bekannt. Aus seiner Sicht müsse es eine feste Stelle geben, um die Projekte verwaltungstechnisch vernünftig abwickeln zu können.

Frau Velhagen ergänzt, dass es hier sowohl um die Abrechnungen als auch um die Anträge gehe. Sie habe übrigens gehört, dass es in der Schweiz einen Förderer gebe, bei dem es ausreiche das Programmheft hinzuschicken. Nach ihrer Auffassung sei das in NRW praktizierte Förderverfahren sehr kompliziert.

Herr Prof. Schäfer hat manchmal den Eindruck, dass, je kleiner der beantragte Betrag sei, umso größer seien die bürokratischen Bedingungen. Allerdings liege hierfür keine Absicht der zuständigen Fachämter vor, sondern dahinter stehen ganz andere Fragestellungen, wie beispielsweise das Rechnungsprüfungsamt oder die Kämmerei. Deshalb habe der Ausschuss Kunst und Kultur vor einiger Zeit einem Antrag der Linken zum Thema Festbetragsfinanzierung zugestimmt. Dies sei ein Weg, um eine Entbürokratisierung vorzunehmen. Im Übrigen dürfe man nicht nur über den Wert der Freien

Szene sprechen, sondern auch über deren monetäre Bedeutung. Die Frage der Förderung der Freien Szene diskutiere man schon sehr lange und eine Erhöhung von zehn Prozent sei auch im Wahlkampf thematisiert worden. Er spricht sich für eine Aufstockung aus und zehn Prozent seien nach seiner Meinung nur ein symbolischer Akt. Den Vergleich mit den städtischen Bühnen würde er nicht ziehen, sondern eher nach dem ausgiebig dargestellten Eigenwert der freien Theaterszene schauen. Abschließend hätte er bezüglich der Konzeptionsförderung gerne gewusst, wie zufrieden die Theater damit seien.

Herr Fürst stellt dar, dass zehnpromzentige Forderung nicht nur aus der Theaterkonferenz gekommen sei, sondern sich flächendeckend stelle. Die freien Theater unterliegen auch der Inflation (steigende Mieten etc.) und man sei nicht in der Lage in dem entsprechenden Tempo Lobbyarbeit zu leisten. Bei den städtischen Bühnen müsse dieser Ausgleich automatisch vorgenommen werden und wenn es eine finanzielle Koppelung der Freien Szene gäbe, würde eine Erhöhung zwangsläufig dorthin übertragen. Er hielt dies für gerechtfertigt und angemessen. Nach seiner Berechnung entspreche dies momentan einer Verdreifachung der bisherigen Förderung.

Bezüglich der Konzeptionsförderung erläutert Frau Velhagen, dass diese die Arbeit ungemein erleichtere. Das Gute daran sei, dass man diese für vier Jahre erhalte und besser planen könne.

Ergänzend stellt Herr Fürst dar, dass dies für diejenigen die nicht über ein eigenes Haus verfügen, eine gewisse Sicherheit gebe. Man traue sich größere Projekte, wie beispielsweise Festivals, anzugehen. Insofern sehe er keine Alternative zu der Konzeptionsförderung.

Herr Michalak hält es für absurd, für die Bearbeitung der Fördergelder diese gleichzeitig ausgeben zu müssen. Er fragt, ob Theateraufführungen im öffentlichen Raum aus der Not heraus entstanden seien oder ob es sich um ein Konzept handle und inwieweit dies in Köln ausbaufähig sei. Abschließend möchte er wissen, was die Grundlage zur Errechnung der zehn Prozent sei und ob dies nur für die Theater gelte. Aus seiner Sicht benötige die gesamte Freie Szene mehr Geld um weiterhin gute Arbeit zu leisten und davon leben zu können.

Frau Velhagen antwortet, dass das Label Drama Köln e.V. Theater im öffentlichen Raum mache. Es sei bewusst gewählt, um im Alltag andere Theatererfahrungen zu sammeln und damit zu spielen. Sie hält dies für ausbaufähig, aber es sei auch recht schwierig. Sie nennt in diesem Zusammenhang das Ordnungsamt und berichtet über Probleme die sie am Rudolfplatz erfahren habe. Die Aufführung dort sollte sieben Mal stattfinden, durfte jedoch offiziell nur einmal durchgeführt werden.

RM von Bülow merkt an, dass man dies in anderen Ausschüssen zur Sprache bringen könne. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sei beispielsweise für das Platzkonzept und die Platzvergabe zuständig. Im Übrigen weist sie darauf hin, dass im Kulturentwicklungsplan die Institutionen und die Freie Szene als Säulen der Kultur dargestellt und gleichberechtigt anzusehen seien. Sie hält es für wichtig, sich mit der Fortsetzung des Förderkonzeptes der freien Theater auseinander zu setzen und dies zeitgemäß zu gestalten. Sie fragt die Verwaltung, ob es im Hinblick auf den Haushalt 2016 Bestrebungen gebe, die gesamte Freie Szene in Köln mit einem höheren Betrag auszustatten. Schließlich bestehe in allen Sparten der Anspruch auf ein gewisses Verhältnis der institutionellen und der freien Förderung.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach weist darauf hin, dass ihr und der Kulturredirektorin sowie den Fachreferenten sehr viel an einer erhöhten Förderung der Freien Szene in Köln liege. Dies sehe man auch daran, dass man für das Jahr 2015 fast 560.000 €

mehr Mittel hierfür erreicht habe. Für die kommenden Haushaltsberatungen und den Gesprächen mit der Kämmerei werde sie versuchen, diesen Weg fortzusetzen. Sie macht jedoch deutlich, dass man für die vorgeschlagenen Erhöhungen Deckungen anbieten müsse. Leider sehe sie im Kulturhaushalt wenig Luft. Allerdings werde sie über eine entsprechende Aufstockung verhandeln. Dies werde jedoch im Rahmen der momentanen Haushaltssituation der Stadt Köln extrem schwierig. Dass dies keine leeren Worte seien, sehe man daran, was 2015 erreicht worden sei. Der Wille und der Ansatz, mehr für die Freie Szene zu tun, völlig unabhängig von irgendwelchen Prozentzahlen, sei natürlich vorhanden und eine der Hauptaufgaben.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister merkt an, dass die Beigeordnete für die Verhandlungen die Unterstützung des Ausschusses Kunst und Kultur habe. Es sei wichtig, dass man dabei die institutionelle und die Freie Szene gleichwertig in den Blick rücke. Hieran müsse sowohl die politische als auch die Verwaltungsseite arbeiten. Sie bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Bericht und die interessanten Informationen und wünscht den Vertretern der freien Theaterszene weiterhin viel Erfolg und ein interessantes Publikum.

3 Kulturbauten

3.1 Sachstandsbericht zur Archäologischen Zone 3124/2015

RM Henseler stellt anhand der Vorlage fest, dass die Verhältnisse an mehreren Stellen etwas zeitkritischer werden. Dies habe unter anderem etwas mit der Kampfmittelräumung zu tun. Jedoch in zwei Bereichen habe er konkrete Nachfragen. Zunächst gehe es ihm um den Komplex der Probebohrungen. Er fragt, ob hier möglicherweise nur Durchmesser verändert werden oder könne es sein, dass eine zusätzliche Anzahl von Bohrungen erforderlich sei, welches seines Erachtens Auswirkungen auf die Gesamtkonzeption hätte. Außerdem möchte er bezüglich der Leitungsverlegungen wissen, ob damit Kostenerhöhungen verbunden seien und es zu Zeitverzögerungen komme.

Herr Richter von der Gebäudewirtschaft dokumentiert anhand des Berichtes die Fortschritte des Projektes. Er führt aus, dass das Bohrgerät abtransportiert und die Aktion erfolgreich abgeschlossen worden sei. Der Baustelleneinrichtungsbereich sei umgelegt worden und die provisorische Baustraße gehöre wieder zum Baufeld. Der Bauzaun grenze in etwa die Achse der späteren Bohrungen ab. Die Baustelleneinrichtung für die Probepfahlbelastungen erfolge noch in dieser Woche. Zu Beginn der nächsten Woche werden Material und entsprechende Gerätschaften geliefert und die Montage der Stahlträger und der Hydraulikpresse könne von statten gehen. Ziel sei es, die angenommenen Durchmesser von 88 cm nicht zu überschreiten und nachzuweisen, dass dies ausreichend sei. Im günstigsten Fall könne man bessere Bodenkenwerte nachweisen. Damit könne man ggf. die erforderlichen Bohrpfahllängen verkürzen und Geld und Zeit sparen. Natürlich handele es sich um eine spezialisierte Stichprobe. Die umgehenden Bereiche unterscheiden sich in vielen Bohrpfahllängen, aber durch dieses Verfahren sei eine Beschleunigung und Kostenminimierung das Ziel des Testvorhabens. Die Tiefbauarbeiten werden ebenfalls fortgesetzt. Als Beispiel nennt er, dass der Bereich Obermarspforten wieder verfüllt wurde und der Zugang zum Wallraf-Richartz-Museum wieder erleichtert möglich sei. Die Baggerarbeiten für die neue Trafostation und die Trafostation im Kellergeschoss des Rathauses befinde sich derzeit in Vorbereitung und die Baustelle schwenke in den Bereich Portalsgasse um, weil man die Netzschlüsse der Kommunikationsleitungen im Spanischen Bau an-

schließen müsse. Er erklärt weiter, dass die Vergabeprüfung für die Ausschreibung der Informations- und Kommunikationsleitungen bereits laufe und er hofft, in den nächsten zwei Wochen den entsprechenden Auftrag erteilen zu können. Er weist darauf hin, dass die Ausschreibung für die Kampfmittelondierung, die man von den Bohrarbeiten entkoppeln wolle um dies vorzuziehen, ebenfalls laufe. Dies gelte auch für die Bohrpfahlausschreibung. Die Stahlbetonarbeiten für den Deckel, der den späteren Platzbereich tragen soll, seien in Vorbereitung. Die Stahlbauarbeiten seien ebenfalls vorveröffentlicht und zur EU-Ankündigung gemeldet worden. Dies sei in dem Bericht auch entsprechend dargestellt worden. Insgesamt habe es kleine Verzögerungen an verschiedenen Stellen gegeben. Man habe beispielsweise Leitungen gefunden, die nicht zugeordnet werden konnten. Außerdem habe es wohl nicht dokumentierte Veränderungen im Kontext des U-Bahn-Baus gegeben, wodurch man Zeit verloren habe. Die entsprechenden Nachträge liegen noch nicht vor und von daher könne er Fragen zu den Kosten, die sicher in einem überschaubaren Bereich liegen, noch nicht beantworten. Zu der Bewertung der gesamten Termine gibt er an, dass es nach wie vor bei der Fertigstellung zum 31.12.2018 bleibe. Bezüglich der Planungen erläutert er, dass die Abstimmungen mit dem LVR gut verlaufen. Die Archäologen und Ausstellungsplaner stehen in Verbindung und planen weitere Termine um die einzelnen Themenkomplexe abzustimmen. Abschließend merkt er an, dass der gesamte Parcoursverlauf des künftigen Museums barrierefrei sein werde. Ein Rundgang ohne technische Hilfsmittel werde möglich sein.

RM Stahlhofen erinnert daran, dass sie im Unterausschuss Kulturbauten nach den Ergebnissen des „Mock-Up“ (Musterfassade) gefragt habe. Sie bittet darum, dies den Mitgliedern des Ausschusses Kunst und Kultur ebenfalls zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.2 Bericht über den Neubau des Historischen Archives und des Rheinischen Bildarchives am Eifelwall 3046/2015

Der Vertreter des Projektsteuerers BMP, Herr Göb, erläutert den Bericht über den Neubau des Historischen Archivs und des Rheinischen Bildarchivs. Er hebt dabei hervor, dass der Mittelabfluss mit Baubeginn in den Bericht eingepflegt werde. Inzwischen liege die Gesamtbaugenehmigung vor und man befinde sich momentan in der vertieften Bearbeitung der Ausführungsplanung. Die Vergabeeinheit 01 Baugrube, Verbau und Tiefengründung sei veröffentlicht und die Submission stehe unmittelbar bevor. Die Vergabeeinheit 02 Rohbau sei in der Vorbereitung und werde im zweiten Quartal veröffentlicht. Der Terminplan sei angepasst worden und eine Begründung sei in dem Bericht dargestellt. Der Baustart sei somit auf Februar 2016 festgelegt worden. Des Weiteren berichtet er, dass die Abbruchmaßnahmen am Eifelwall fast abgeschlossen seien. Es seien noch Arbeiten im Keller und kleinere Restarbeiten abzuwickeln und das Grundstück sei dann frei von allen Aufbauten. Parallel dazu nehme die RheinEnergie Leitungsumverlegungen vor, die ebenfalls fast abgeschlossen seien.

RM Dr. Elster weist darauf hin, dass in dem entsprechenden Ratsbeschluss ein Terminplan und ein Kostenrahmen für die Baumaßnahme enthalten gewesen sei. Nun sei dem Bericht zu entnehmen, dass es einen Verzug von vier Monaten bezüglich des Termins gebe und der Baubeginn auf Februar 2016 festgelegt werde. Er zeigt auf, dass ein Jahr Interim für die Archivalien einige Millionen Euro kosten und durch die Verzögerung des Baustartes nun noch mehr Kosten auf die Stadt zukämen. Deshalb wundere er sich, dass die entsprechende Ampel in dem Bericht auf grün gesetzt wor-

den sei. Dies müsse seines Erachtens anders dargestellt werden und der Rat müsse die entsprechenden Mehrkosten genehmigen.

Herr Deutsch vermutet, dass die berechneten Kosten für den Neubau völlig getrennt seien von fortlaufenden Kosten für den Unterhalt des Historischen Archivs. Die Herausforderung wäre, dass die Kosten, die an dieser Stelle ausgelöst werden mit zu reflektieren. Schließlich verursache die weitere Anmietung des Archivs in Düsseldorf weitere Kosten. Er fragt, wann das Historische Archiv am Eifelwall eröffnet werde und für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehe. Er regt an, diesen Termin in die Übersicht mit aufzunehmen. Es gehe nicht um die funktionsfähige Übergabe des Gebäudes an den Nutzer.

RM Henseler weist darauf hin, dass im Stadtentwicklungsausschuss die gesamte Umgebungsplanung des Projektes vorgestellt worden sei. Er fragt, ob es beabsichtigt sei, diese Zusammenhänge und Darstellungen, wie beispielsweise die erweiterte Fasadengestaltung, dem Ausschuss Kunst und Kultur zu präsentieren. Aus seiner Sicht müsse der Ausschuss Kunst und Kultur in das Verfahren eingebunden werden. Schließlich handele es sich um ein Gebäude für kulturelle Nutzungen.

Aus der Sicht der Beigeordneten Laugwitz-Aulbach könne man diesen Service dem Ausschuss Kunst und Kultur anbieten. Sie habe es jedoch stets so verstanden, es sei festgelegt worden, dass man im Unterausschuss Kulturbauten das Ganze detailliert bespreche und im Ausschuss Kunst und Kultur in einer Kurzfassung vorgelegt werde. Wenn dies künftig anders gewünscht und der Ausschuss damit einverstanden sei, könne man dies tun.

Herr Göb (BMP) erklärt bezüglich der Ampel, dass zwischen der Sitzung des Unterausschusses Kulturbauten und der heutigen Sitzung diese nicht verändert worden sei. Es handele sich um den gleichen Bericht. Es bestehe die Möglichkeit, eine Veränderung des Ampelsymbols durch den Unterausschuss autorisieren zu lassen und für den nächsten Bericht anzupassen. Die Ampel sei im Hinblick auf den neuen Terminplan auf grün gesetzt worden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor sich darauf zu verständigen, dass man mit Baubeginn nochmal klärt, wie man mit dem Ampelsystem weiter umgehe. Schließlich müsse es eine klar erkennbare Systematik geben. Der Unterausschuss Kulturbauten müsse dies fachlich beraten und dem Ausschuss Kunst und Kultur werde dies zur Kenntnis vorgelegt.

Herr Göb (BMP) erscheint es zum jetzigen Zeitpunkt etwas zu früh um den Eröffnungstermin des Historischen Archivs festzulegen. Schließlich müsse der Nutzer eine Umzugsplanung beauftragen, was in diesem Fall ein sehr komplizierter Vorgang sei. Außerdem verweist er auf den bevorstehenden Bauprozess.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia berichtet, dass sie mit sechs bis neun Monaten für den Umzug des Archivs rechne. Natürlich unter der Voraussetzung, dass die Übergabe, wie geplant, am 11. September 2019 stattfinde. Im kommenden Jahre werde man einen Logistikplan nach dem Vorbild des Landesarchivs NRW herbeiziehen. Dies sei ihr empfohlen worden, da es sehr viel komplizierter sein werde als in Duisburg, da man aus mehreren Asylarchiven in den Neubau am Eifelwall ziehen werde. Konkrete Daten zu einem Eröffnungstermin könne die Verwaltung frühestens nennen, wenn der Logistikplaner sich mit der Sache intensiv befasst habe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, die konkreten Zahlen und Daten dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Kenntnis vorzulegen.

RM Henseler ist nach wie vor der Auffassung, dass der Ausschuss Kunst und Kultur der zuständige Ausschuss in der Angelegenheit sei. Schließlich sei der Neubau des Historischen Archivs für die Kulturpolitik der Stadt ein wichtiges Bauvorhaben.

Herr Prof. Schäfer weist darauf hin, dass der Unterausschuss Kulturbauten gegründet worden sei, um dort differenziert und präzise über die Kulturbauten der Stadt Köln zu diskutieren und entsprechende Nachfragen zu stellen. Außerdem treffe der Unterausschuss keine Entscheidungen, sondern habe lediglich eine beratende Funktion. Es spreche aus seiner Sicht nichts dagegen, die bildliche Präsentation aus dem Stadtentwicklungsausschuss dem Ausschuss Kunst und Kultur vorzustellen. Er spricht sich jedoch dagegen aus, die Debatten aus dem Unterausschuss in diesem Ausschuss zu wiederholen.

Herr Tautkus teilt mit, dass er von Schwierigkeiten mit der Einbruchmeldeanlage im Asylarchiv Düsseldorf gehört habe und dass die Versicherung nicht soweit ertüchtigt sei, dass sie alle Archivalien versicherungstechnisch abdecke. Dies müsse nun entsprechend geändert werden. Darüber gebe es Auseinandersetzungen mit der Liegenschaftsbehörde des Landes, unter anderem wer für die Zahlungen zuständig sei. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob sich dadurch der Auszug aus den anderen Asylarchiven verzögere. Schließlich habe dies logistische und finanzielle Konsequenzen.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia erklärt, dass das Landesarchiv in seinem Gebäude in Düsseldorf auf Landeshaftung zurückgreifen konnte. Das was ihr übergeben worden sei entspreche nicht dem städtischen Kulturversicherer. Dieser hatte weitergehende Forderungen und habe sich mit dem Vermieter geeinigt, dass dieser eine Einbruchmeldeanlage einbaut. Es habe die Zusage gegeben, dass bis Ende des Jahres die Anlage eingebaut und betriebsfähig sein werde. Sie dürfe in Absprache mit dem Kulturversicherer der Stadt Köln Wertgegenstände bis zu 6,5 Mio. € einlagern, ohne dass die Versicherung dies reklamieren würde. Momentan käme man damit klar, aber nach Weihnachten könne es schwierig werden.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.3 Zeitraster der im Unterausschuss Kulturbauten zu behandelnden Bauvorhaben sowie der Generalsanierung der Zentralbibliothek 3183/2015

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fragt, ob der Fehler in der Darstellung des Zeitrasters bereits korrigiert worden sei.

Die Leiterin der Gebäudewirtschaft Rinnenburger erklärt, dass der Fehler noch nicht berichtigt worden sei, da man den beteiligten Gremien stets die gleichen Unterlagen vorlege. Es haben sich in der farblichen Darstellung Fehler eingeschlichen, die man für den nächsten Bericht korrigieren werde. Sie macht auf eine mündliche Mitteilung im Unterausschuss Kulturbauten bezüglich der Zentralbibliothek aufmerksam. Sie berichtet, dass man sich in Abstimmung mit der Zentralbibliothek für ein zweiteiliges Verfahren entschieden habe, um den Planer für die Inneneinrichtung zu ermitteln. Dies bedeute, dass man für die Leistungsphase 3 (Planung) bis Juli 2016 brauche und demnach mit den Baumaßnahmen etwas später beginnen werde. Sie unterstreicht, dass man die Hochbauleistungen, die bereits geplant werden können, losgelöst von den Inneneinrichtungen entwickeln könne. Dies bedeute, dass der Verzug nicht durch

die Planungsleistungen im Hochbau entstehe, sondern ausschließlich aufgrund des durchzuführenden Wettbewerbs für den Innenbereich.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

4.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von RM Zimmermann betreffend "100 Jahre Dadaismus" 3192/2015

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4.2 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Eintrittspreise für Schulklassen in Museen" 3146/2015

RM von Bülow hält die Frage, wie die einzelnen Museen den Zutritt der Schülerinnen und Schüler zu den Sonderausstellungen handhaben, für nicht ausreichend beantwortet. Außerdem möchte sie wissen, wie viele Schülerinnen und Schüler davon betroffen und wie hoch eigentlich der Eintritt für die Ausstellungen seien.

Museumsreferent Troost verweist auf die Benutzungs- und Entgeltordnung der Museen und demnach zahlen Schülerinnen und Schüler für Sonderausstellungen einen ermäßigten Eintritt. Es sei denn, die Sonderausstellung finde in der ständigen Sammlung statt. Dann sei dies undurchführbar. Zu der zweiten Frage erklärt er, dass es jährlich etwa dreißig Sonderausstellungen gebe, deren Eintrittspreise er nicht alle nennen könne. Im Museum Ludwig koste der Eintritt für Sonderausstellungen für Schülerinnen und Schüler 4 €, im Römisch-Germanischen Museum 2 € und im Wallraf-Richartz-Museum durchschnittlich, je nach Ausstellung, 2,50 €. Die Zahl der betroffenen Schülerinnen und Schüler zu ermitteln sei schwierig. Im Museum Ludwig seien es etwa 5000 gewesen, im Römisch-Germanischen Museum circa 16000 und im Wallraf-Richartz-Museum so um die 1000. Er könne dies recherchieren und die Zahlen nachliefern.

Herr Prof. Schäfer fragt, ob der Preis ein Ausschlussfaktor sei und ob man in der Angelegenheit Kontakt mit der Schulverwaltung habe, um genauere Erkenntnisse darüber zu erlangen, ob Schülerinnen und Schüler wegen des Preises eventuell nicht die Museen besuchen.

Museumsreferent Troost macht darauf aufmerksam, dass der Lehrplan an den Schulen sich selten an Sonderausstellungen orientiere. Schulklassen gehen weitestgehend in die ständigen Sammlungen und dort sei der Eintritt für Schülerinnen und Schüler frei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, die entsprechenden Zahlen nachzuliefern.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "NSU-Anschläge" AN/1577/2015

Beantwortung der Verwaltung 3232/2015

RM Aymaz begrüßt, dass die Planungen in der Angelegenheit seit längerem abgeschlossen seien. Allerdings sei dem Rat noch keine entsprechende Vorlage zur Beschlussfassung vorgelegt worden. Sie fragt, ob ein Vorbehaltsbeschluss in der Sache denkbar wäre. Schließlich stehe das Thema in der Öffentlichkeit zur Debatte und habe über die Stadtgrenzen hinaus eine hohe Bedeutung.

Der Direktor des NS-Dokumentationszentrums Dr. Jung weist darauf hin, dass die Kämmerei wegen der vorläufigen Haushaltsführung keine Möglichkeit gehabt habe, die Beschlussvorlage im Frühjahr mitzuzeichnen. Man wolle nun versuchen einen Vorbehaltsbeschluss herbeizuführen. Er hofft jedoch, dass die vorläufige Haushaltsführung bald vorüber sei und man im letzten Sitzungsturnus eine Entscheidung gefällt werde. Dies sei man auch den Opfern und deren Angehörigen schuldig. Er berichtet, dass man bewegende und intensive Gespräche mit den Opfern geführt habe und dieses Denkmal gewollt sei. Man wolle eine würdige und nachhaltige Form eines Denkmals erstellen und zwar in Form eines künstlerischen Wettbewerbs. Das Besondere dabei sei, dass man die Opfer von Anfang an mit einbezogen habe. Sie gehören beispielsweise dem Diskussionskreis an, der zusammen mit den Künstlerinnen und Künstlern in Werkstattgesprächen die einzelnen Entwürfe erörtert und für die Jury einen Vorschlag unterbreitet habe. Bezüglich des Standortes erklärt er, dass man vorschlagen wolle das Denkmal in unmittelbarer Nähe der Keupstraße aufzustellen. Er berichtet, dass das Areal des alten Güterbahnhofs in Köln-Mülheim, welches bis zum Kreuzungsbereich der Keupstraße / Schanzenstraße reiche, neu gestaltet werden soll. Hier gäbe es genügend Fläche für das Denkmal und die unmittelbare Nähe zum Ort des Anschlags sei ebenfalls gegeben. Er weist darauf hin, dass sich Opfer und Bewohnerinnen und Bewohner der Keupstraße nachdrücklich für diesen Standort ausgesprochen haben.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes spricht sich ausdrücklich für die Unterstützung des Projektes aus. Sie fragt, wer als Mitglieder für die Jury vorgesehen sei und wer diese bestimme.

Herr Dr. Jung erklärt, dass der Rat ein Mitglied je Fraktion benenne. Außerdem sollen der Bezirksbürgermeister sowie die Mitglieder des Diskussionskreises der Jury angehören. Der Diskussionskreis setze sich zusammen aus den Opfern der NSU-Anschläge in der Probsteigasse und der Keupstraße, zwei Vertretern der IG Keupstraße, einem Vertreter der Initiative „Keupstraße ist überall“, dem Vorsitzenden des Integrationsrates der Stadt Köln, einem Vertreter des Kunstbeirates, der Künstlerischen Leitung der Akademie der Künste der Welt, dem Direktor des Museums Ludwig, der Vorsitzende des Landesverbandes NRW Bildender Künstlerinnen und Künstler, der das Verfahren begleitenden Kunsthistorikerin Barbara Hess, der Leiterin der Punktdienststelle Diversity der Stadt Köln und dem Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach ergänzt, dass es positive, wenn auch noch nicht endgültige Signale aus der Kämmerei gebe, dass dieses Projekt nicht zwischen die Stühle von vorläufigen Haushaltsführungen geraten solle.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**5.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Theaterförderkonzept"
AN/1579/2015**

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

6 Schriftliche Anträge

**6.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Fördertermine Kunst- und Kulturprojekte"
AN/1593/2015**

RM von Bülow erläutert den Inhalt des Dringlichkeitsantrages und hebt hervor, dass es im Sinne der Freien Szene sei, wieder zwei Antragstermine für die Förderung von Kunst- und Kulturprojekten einzuführen.

Herr Prof. Schäfer hält es für wichtig, für die Freie Szene eine Brücke zu bauen, damit sie nicht immer für ein komplettes Jahr planen müsse und deshalb seien zwei Termine durchaus sachgerecht.

Kulturamtsleiterin Foerster macht darauf aufmerksam, dass man die Förderfristen erst 2014 wieder rückgängig gemacht habe, weil sich der positive Effekt der zwei Fristen nicht herausgestellt habe. In dem laufenden Jahr habe man so viele Anträge wie noch nie zuvor erhalten. Dies zeige eine positive Bestätigung der momentan durchgeführten Praxis. Sie bietet daher an, dass es grundsätzlich eine Frist gebe und für einzelne Bereiche, wie beispielsweise der Literatur und der Musik, könne es unterjährig andere Fristen als Sonderregelung geben.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister spricht sich für einen klaren Verfahrensvorschlag aus.

RM Henseler weist auf die Verfristung des Antrages hin und sagt aus, dass für ihn eine Dringlichkeit nicht erkennbar sei. Deshalb beantragt er, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung zu behandeln.

RM Stahlhofen schließt sich dem an und schlägt vor, dass die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen gemeinsam mit der Kulturverwaltung über ein geeignetes Verfahren reden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass man vor Eintritt in die Tagesordnung über die Dringlichkeit des Antrages gesprochen habe.

Herr Michalak fügt hinzu, dass der Antrag dabei einstimmig auf die Tagesordnung genommen worden sei und er die nun geäußerten Einwände nicht verstehen könne. Zudem erinnert er an das im letzten Jahr für die Theater bestandene Problem, dass diese oft auf ihr Geld warten mussten. Es werde eine kaum zu leistende professionelle Arbeit erwartet, weil die Stadt Köln die finanziellen Mittel nicht rechtzeitig zur Verfügung stelle. Deshalb sei es seiner Sicht wichtig, zu mehreren Terminen zurückzukehren, damit besser und sicherer geplant werden könne.

Herr Tautkus meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf an.

Herr Prof. Schäfer spricht sich dafür aus, die Auffassung und Einschätzung der Freien Szene bezüglich der Antragstellung zu berücksichtigen und dementsprechend Rechnung tragen.

RM Zimmermann bittet die Antragsteller darum, den Antrag zurückzuziehen. Schließlich habe die Kulturverwaltung eben verschiedene Termine angeboten. Er hält es für sinnvoll, in der nächsten Sitzung einen gemeinsamen abgestimmten Antrag vorzulegen.

Herr Tautkus schließt sich dem vorbehaltlos an und unterstreicht den Beratungsbedarf seiner Fraktion. Er wolle außer mit seiner Fraktion auch Rücksprache mit Vertretern der Freien Szene halten. Nach seiner Auffassung habe die verspätete Auszahlung der Fördergelder nur etwas mit der vorläufigen Haushaltsführung zu tun.

RM von Bülow erklärt, dass sie an dem Antrag festhalte und weist auf ihre zu Beginn der Sitzung vorgetragene Dringlichkeitsbegründung hin. Mit der Verwaltung und auch mit der Freien Szene bliebe noch die Frage der Terminierung zu klären.

Herr Tautkus wirft ein, dass dieser Termin doch nicht in der heutigen Sitzung geklärt werde.

RM Dr. Elster räumt ein, dass die Aussage von Herrn Tautkus grundsätzlich richtig sei. Andererseits sei bei der Einbringung der Dringlichkeit von allen Beteiligten festgestellt worden, dass die Verwaltung nicht genügend Zeit habe, sinnvoll den Prozess für 2016 umzusetzen, wenn heute kein Beschluss gefasst werde. Er geht außerdem davon aus, dass die Verwaltung zusätzlich auch konzeptionell mit dem Thema umgehen werde. Demnach bringe der Antrag, dem seine Fraktion zustimmen werde, erst einmal einen Diskussionsprozess und einen entsprechenden Dialog in Gang.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt, dass die in der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 06.05.2014 mitgeteilte Entscheidung der Verwaltung unter Vorlagennummer 0578/2014, die Antragsfristen für die Förderung von Kunst- und Kulturprojekten von jährlich zwei auf einen Termin im Jahr zu reduzieren und den Termin anzupassen, zurückgenommen wird und ab 2016 wieder zwei Antragstermine für die Förderung von Kunst- und Kulturprojekten festgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig –bei Enthaltung der Fraktion Die Linke- zugestimmt.

7 Allgemeine Vorlagen

7.1 Haushaltsneutrale Umschichtung Investiver Mittel zur Technikförderung der Freien Szene 2575/2015

RM von Bülow macht deutlich, dass ihre Fraktion noch Beratungsbedarf habe, denn umso mehr Informationen man bekomme desto unklarer werde die ganze Sache.

Kulturamtsleiterin Foerster erklärt, dass die Mittel noch in diesem Jahr verausgabt werden müssen und daher die Angelegenheit dringend sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister spricht sich dafür aus als Kulturausschuss nicht dazu beizutragen, Finanzmittel verfallen zu lassen. Sie schlägt daher vor, in der heutigen

Sitzung einen Beschluss zu fassen und sich im kommenden Jahr das System noch einmal genauer anzuschauen.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt - vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Bezirksregierung Köln - die Änderung der Aufteilung der Mittel in Höhe von 35.000 € für den Ankauf von Technik zur Ausleihe (Technikpool und Filmgeräteverleih). Für den Ankauf von Technik zur Ausleihe werden 15.000 € bereitgestellt. Für Zuschüsse zum Erwerb von Technikausstattung und dauerhaften Nutzung durch einen Zuschussempfänger werden 20.000 € zur Verfügung gestellt.

Die finanzneutrale Umschichtung erfolgt im Finanzplan innerhalb des Teilplans 0416, Kulturförderung, zulasten der bereitgestellten Mitteln bei der Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zugunsten der Teilplanzeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – zugestimmt.

**7.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Vergabe von Rahmenvereinbarungen für Handschriftenrestaurierung.
2775/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss erkennt den Bedarf des Historischen Archivs für den Abschluss von Rahmenvereinbarungen über 5.220 Stunden Handschriftenrestaurierung durch externe Restauratoren für die Wiederherstellung durch den Einsturz geschädigter Handschriften an. Die Rahmenvereinbarungen beginnen frühestens am 01.01.2016. Die Laufzeit beträgt zwei Jahre. Die voraussichtlichen Kosten über die Gesamtlaufzeit von zwei Jahren betragen ca. 287.100,- Euro netto.

Auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes wird verzichtet.

Die anfallenden Kosten werden in voller Höhe aus Fördermitteln der Kulturstiftung der Länder und der Sparkassen finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.3 Fortführung Kulturentwicklungsplanung Köln
hier: Einrichtung eines Lenkungskreises
2912/2015**

RM von Bülow schlägt vor, den Satz auf Seite 3 der Begründung - *Der Lenkungskreis gibt sich eine Geschäftsordnung, die dem Ausschuss Kunst und Kultur nach Zustimmung der Mitglieder zum Beschluss vorgelegt wird* - mit in den Beschlusstext aufzunehmen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister lässt über den erweiterten Beschlusstext abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung eines Lenkungskreises zur Betreuung der Fortentwicklung der Kulturentwicklungsplanung in Köln mit einem Planungshorizont bis zum Jahre 2021.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Lenkungskreises sind:

- Politische Vertreterinnen und Vertreter
 - der/die Vorsitzende des Ausschusses Kunst und Kultur
 - je ein Mitglied der
 - SPD-Fraktion
 - CDU-Fraktion
 - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - Fraktion Die Linke und
 - FDP-Fraktion.
- insgesamt fünf Mitglieder des Kölner Kulturrats und des KulturNetzKöln sowie
- die Kulturverwaltung.

Ein Vertretungsrecht bei Verhinderung der Mitglieder des Lenkungskreises wird eingeräumt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Lenkungskreis regelmäßig zu Sitzungen einzuberufen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur ist regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen, Projektfortschritte, ggf. Hemmnisse und Ergebnisse zu informieren.

Der Lenkungskreis gibt sich eine Geschäftsordnung, die dem Ausschuss Kunst und Kultur nach Zustimmung der Mitglieder zum Beschluss vorgelegt wird.

Der Ausschuss Kunst und Kultur beauftragt die Verwaltung, das weitere Verfahren hinsichtlich der Ausgestaltung und Organisation der geplanten Fortschreibung der Kulturentwicklungsplanung, die Formulierung inhaltlicher, personeller und finanzieller Ressourcen umfassend, mit dem Lenkungskreis abzustimmen und dem Ausschuss zur Beschlussfassung zeitnah vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.4 Popkulturförderkonzept 2984/2015

Die Angelegenheit wird wegen Beratungsbedarf in der nächsten Sitzung behandelt.

8 Sonderausstellungen

9 Annahme von Schenkungen

9.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig hier: Schenkung von Zeichnungen des Künstlers Jack Smith von Cosi- ma von Bonin und Michael Krebber 2707/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung von zwei Zeichnungen des Künstlers Jack Smith

von Cosima von Bonin und Michael Krebber mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Spende in Höhe von 30.000,00€ zur Verwendung für den "Langen Donnerstag" in 2016 im Museum Ludwig. 2763/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat nimmt die Spende in Höhe von 30.000,00 Euro zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ von der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11 Mitteilungen der Verwaltung

11.1 Ergebnisprotokoll der 5. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2014 - 2020 am 17.9.2015 2868/2015

Frau Brunn berichtet, dass der Kunstbeirat moniert habe, im Zusammenhang mit der Aufstellung des Dionysos-Brunnens nicht angehört worden zu sein. Sie sehe ein grundsätzliches Problem mit dem gewählten Standort für den Brunnen, da er unter anderem direkt auf dem Bürgersteig vor dem Baptisterium stehe und somit kein Umfeld habe. Sie befürchtet, dass es bei der späteren Nutzung des Baptisteriums, welches ebenfalls unter Denkmalschutz stehe, zu Schwierigkeiten kommen könne. Sie bittet die Kulturverwaltung dem Ausschuss in etwa einem Jahr eine Mitteilung vorzulegen, in der die gezogenen Folgerungen aus der jetzigen Konstellation dargestellt werden.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt dies zu.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.2 Mündliche Mitteilung betreffend "Aktionsplan 2016 - #urbanCGN - cologne urban lifestyle"

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt, dass sie diesen Punkt auf die Tagesordnung habe setzen lassen, weil der „Aktionsplan 2016 - #urbanCGN – cologne urban lifestyle“ sehr stark dem Kulturmarketing gewidmet sei. Sie teilt mit, dass man im Jahr 2014/15 mit dem „heiligen Köln“ ein dankbares Thema gehabt habe. Daran habe man sich mit dem Wallraf-Richartz-Museum und der Ausstellung „Die Kathedrale“ sowie dem Museum Schnütgen mit der Ausstellung „Die heiligen drei Könige“ hervorragend anschließen können. Nun wurde in einer der Sitzungen mit den Museumsdirektoren, an der auch der Leiter von KölnTourismus teilgenommen habe, das Thema für 2016/17 vorgestellt. #urbanCGN. Dieses Thema biete aus ihrer Sicht eine Chance für die vielfältige Freie Szene in Köln. Was man sich sonst darunter vorzustellen habe, könne dem vorliegenden Aktionsplan entnommen werden.

Der Direktor des Museumsdienstes Dr. Hamann ergänzt, dass das Motto #urbanCGN sehr viele Chancen biete und im kommenden Jahr auf der ITB vorgestellt werde. Aus Sicht der Museen biete #urbanCGN einiges. Es gebe eine Reihe von Ausstellungen die sich dort prima ergänzen. Dies betreffe das Museum für Angewandte Kunst genauso wie das Stadtmuseum. Natürlich gebe es auch viele Dinge, die in der Freien Szene und der sonstigen Kultur eine große Rolle spielen. Er berichtet, dass KölnTourismus, mit dem man in engem Kontakt stehe, einen ersten Workshop veranstaltet. Der Bereich Kultur werde im November einen zweitägigen internen Workshop durchführen, um festzustellen, welche Inhalte man einspeisen könne, damit der touristische Kulturbegriff erweitert werden könne. Es diene aber auch einer stärkeren Vernetzung der einzelnen Sparten sowie zwischen den Institutionen und der Freien Szene, um entsprechende Schnittstellen zu definieren. Das Projekt biete unter anderem die Chance den Schulterschuss zwischen Kultur und Tourismus zu stärken.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält das Projekt für eine spannende Herausforderung, welche keine einfache Aufgabe sei. Besonders für Kulturbereiche, die sonst nicht in den Fokus des Marketings rücken, biete die eine große Chance. Sie hoffe, dass diese Form der Öffentlichkeitsarbeit Früchte trage.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12 Mündliche Anfragen

12.1 Erweiterung der Bezirkssportanlage „Prälat Ludwig Wolker“

RM Zimmermann führt aus, dass der Betreiber der Bezirkssportanlage „Prälat Ludwig Wolker“ ein größeres Stadion bauen wolle und dabei ein Teil einer alten Allee abgerissen werden solle. Nach seiner Information stehe ein Teil davon unter Denkmalschutz. Er frage, inwieweit der Stadtkonservator in die Sache eingebunden gewesen sei und bittet darum, den aktuellen Sachverhalt zu erläutern. Er weist darauf hin, dass die Sportanlage in einem alten Denkmalverzeichnis grün hinterlegt worden sei.

12.2 Erweiterungs-Planungen des 1. FC Köln im Bereich des Geißbock-Heims

Herr Dr. Krings möchte wissen, welche Meinung die städtische Denkmalbehörde hinsichtlich der aktuellen Erweiterungs-Planungen des 1. FC Köln im Bereich des beste-

henden sogenannten Geißbock-Heims sowie der Sportanlagen im denkmalgeschützten Grüngürtel vertrete.

12.3 Reiterdenkmal

Herr Dr. Krings fragt, ob der gegenwärtige Zustand des Reiterdenkmals für König Friedrich Wilhelm III. auf dem Heumarkt der endgültige bzw. der seitens des Kölner Verkehrsvereins angestrebte sei. Aus seiner Sicht weise das Erscheinungsbild der neuen Sockel-Bauteile aus Sichtbeton erhebliche Mängel, wie z.B. Flecken, Flickstellen und Schwundrisse, auf. Es wäre eine Art "Finishing" angebracht.

Stadtkonservator Dr. Werner erläutert, dass die Baumaßnahme noch nicht abgeschlossen sei. Die Bodenplatte bestehe noch aus Rohbeton. Hier fehle noch die Basaltverkleidung, die man jedoch vor dem 11.11. nicht mehr hinbekomme. Ansonsten seien die Arbeiten soweit fertiggestellt. Allerdings sei die Endabnahme mit dem bauleitenden Architekten noch nicht erfolgt, bei der man über etwaige Mängel sprechen könne. Er teilt mit, dass gewisse Flecken bleiben, weil der Beton, der Hauptkern, nur gereinigt worden und der Rest so geblieben sei. Es handele sich hier nicht um eine Neuerstellung des Gesamtsockels. Lediglich die Ecken seien beigearbeitet worden.

Herr Dr. Krings weist darauf hin, dass auch die neu erstellen Sockel Flecken aufweisen, die nach einer Verwundung des Materials aussehen. Aus der Nähe betrachtet gebe es hier auch bereits Schwundrisse.

Stadtkonservator Dr. Werner sagt zu, sich dies alles für die Abnahme des Denkmals vorzubehalten und dem Ausschuss Kunst und Kultur danach eine entsprechende Mitteilung vorzulegen.

12.4 Bahnhof Belvedere

Frau Brunn teilt mit, dass direkt neben dem Baudenkmal Bahnhof Belvedere eine Platane stehe. Hierdurch entstehe das Problem, dass der Baum in den Keller hinein wachse und den Boden um einige Zentimeter angehoben habe. Vertreter des Grünflächenamtes seien nun der Auffassung, dass es deshalb mit der Sanierung des Denkmals nicht weitergehen könne. Sie fragt, ob der Stadtkonservator eine gewisse Dringlichkeit sehe, um in der Maßnahme voran zu kommen. Sowohl was die Gefährdung des Baus durch die Platane betreffe, als auch die Gefährdung der kompletten Maßnahme.

Stadtkonservator Dr. Werner erklärt, dass ihm inzwischen ein Gutachten vorliege. Die momentane Situation führe zu einer Beschädigung des Bauwerkes. Natürlich sei die 176 Jahre alte Platane schützenswert. Er geht davon aus, dass das Ganze in einem Abwägungsprozess, Baum oder Bauwerk, münden werde. Beides zusammen sei eine Fragestellung, die einen enormen statischen Aufwand bedeute. Ob und wie man dies in den Griff bekomme, bliebe noch zu klären.

Frau Brunn verweist auf den entsprechenden Ratsbeschluss zum Erhalt des Baudenkmals und fragt, welchen Sinn dieser noch habe.

Herr Dr. Werner erklärt, dass die jetzige Situation damals nicht absehbar gewesen sei. Seines Erachtens müsse eine neue Beschlussvorlage vorbereitet werden. Zum Erhalt des Gebäudes müsse ein Fällantrag gestellt werden.

12.5 Broschüre Köln:Kultur

Frau van Duiven fragt, was es mit der an die Mitglieder des Ausschusses verteilten Broschüre „Köln:Kultur – viel los für kleines Geld“ auf sich habe und wie es zu dem relativ schmalen Programm gekommen sei. Außerdem seien lediglich die städtischen Institutionen aufgeführt. Es werde stets betont, dass das breite Kulturangebot in Köln aus zwei Säulen, der Freien Szene und den Institutionen, bestehe. Sie möchte wissen, an wen sich diese Broschüre richte.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt, dass der Museumsdienst dies erfolgreich für Studierende initiiert habe.

Der Leiter des Museumsdienstes Dr. Hamann berichtet, dass dies im Zusammenhang mit einer Uni-Messe zu sehen sei. Hierbei präsentieren sich vor Semesterbeginn unter anderem die Kulturinstitutionen, um auf sich aufmerksam zu machen. Der vorliegende Flyer stelle dies gebündelt dar. Es sei durchaus beabsichtigt, künftig wechselnde Partner mit einzubeziehen und hierbei habe man an die Freie Szene gedacht.

12.6 Stiftung Stadtgedächtnis

Herr Tautkus fragt, ob und wann der neue Vorsitzende der Stiftung Stadtgedächtnis, Konrad Adenauer, sich dem Ausschuss vorstellen werde.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach weist darauf hin, dass die Vorstellung des Vorsitzenden der Stiftung Stadtgedächtnis für die nächste Sitzung anvisiert sei.

12.7 Fördermanagement

Herr Tautkus erinnert an seine mündliche Anfrage aus der letzten Sitzung betreffend des Fördermanagements und möchte wissen, wann diese beantwortet werde.

Planungsreferent Lohaus berichtet, dass es zwischen dem Amt des Oberbürgermeisters und dem Büro des Stadtdirektors noch letzte Abstimmungen gebe und man danach den entsprechenden Antrag stellen könne.

12.8 Eröffnung des Ubierrmonuments

Herr Tautkus fragt, wann mit der offiziellen Eröffnung des Ubierrmonuments zu rechnen sei. In der letzten Mitteilung hieß es unter anderem, dass lediglich noch ein paar Wandtafeln zu montieren seien.

12.9 Rautenstrauch-Joest Museum

Herr Dr. Wackerhagen erkundigt sich nach dem Sachstand der rechtlichen Auseinandersetzung. Der Presse sei lediglich zu entnehmen gewesen, dass das Gericht Kritik an den Rechtsausführungen der Stadt Köln geübt habe. Außerdem erkundigt er sich, ob es weitere Mängel gebe. Er habe gehört, dass es im Bereich der Tiefgarage eine Erdabsenkung gebe und dieser nun auch eingerüstet sei.

Planungsreferent Lohaus bestätigt, dass das Gericht den Sachvortrag der Anwälte der Stadt Köln gerügt habe. Mittlerweile befinde man sich in der Phase, in der die Gutachter ihre Arbeit aufgenommen haben. In diversen Gewerken gebe es Abstimmungen

und Ortstermine zwischen Klägern, Beklagten und Gutachtern. Ein Teil der Gutachter habe die Anfrage zurückgewiesen, da sie bereits für die ARGE tätig gewesen waren.

Herr Dr. Wackerhagen möchte wissen, ob es sich um Sachverständige handele, die vom Gericht beauftragt worden seien.

Herr Lohaus bejaht dies und fügt hinzu, dass diese mit den einzelnen Fachfragen beauftragt worden seien. Bezüglich der Erdabsenkung führt er aus, dass diese etwas mit den Sanierungsarbeiten an der Volkshochschule zu tun haben. Er sagt zu, sich nach dem aktuellen Sachstand zu erkundigen.

12.10 Halle Kalk

Herr Deutsch teilt mit, dass es im Stadtentwicklungsausschuss Irritationen bezüglich der Machbarkeitsstudie durch „moderne Stadt“ gegeben habe. Er bittet darum, den Sachverhalt klärend zu erläutern.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt, dass man bei „moderne Stadt“ angefragt habe, ob sie einige Modelle zeigen könne, wie es mit der Halle Kalk weitergehen könnte. Die drei Modelle seien bereits in einer Mitteilung entsprechend beschrieben worden. Die „moderne Stadt“ sei nicht formal beauftragt worden in der Sache tätig zu werden. Die weitere Vorgehensweise sei in dem entsprechenden Arbeitskreis noch zu diskutieren. Über konkret ausgearbeitete Vorschläge werde die Politik selbstverständlich informiert. Sie fügt hinzu, dass man die Halle Kalk schützen werde, damit in den Wintermonaten nichts passieren könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)